

des Anschlusses



oniert wurde. Hauptschriftleiter Nägele konnte als ehemaliger Nazi zunächst nicht mehr publizieren, fand aber schon ab 1949 wieder Erwähnung in den Vorarlberger Zeitungen. Er verlegte sich vor allem auf Historisches. Schließlich fand er auch als freier Mitarbeiter bei schwarzen wie roten Zeitungen Verwendung. Als Journalist hatte er maßgeblichen publizistischen Einfluss auf später in leitender Funktion tätige Kollegen. Ehemalige Nazis, wie es sie unter den Dornbirner Industriellen zahlreich gab, versorgten Nägele außerdem mit Aufträgen. Hatte er 1939 noch über die Geschichte Vorarlbergs als „Hauptsitz der ostmärkischen Baumwollindustrie“ geschrieben, publizierte er nach seiner „Entnazifizierung“ neutralere Abhandlungen zum Thema Stickerei. Weiters engagierte er sich im Landesmuseumsverein. 1962 erhielt Nägele eine finanzielle „Ehrengabe“ des Landes, 1968 dessen silbernes Ehrenzeichen.

Auch andere Ex-Nazis tauchten nach dem Krieg rasch wieder auf, darunter Rudolf Kopf, der

mit seiner Selbstreinigung wieder in die Politik ging. Der „Verband der Unabhängigen“ (VdU), die Vorläuferorganisation der späteren FPÖ, rekrutierte sich auch in Vorarlberg aus Nazis der ersten Stunde. Während auf Bundesebene Männer wie der wegen Hochverrats verurteilte Ex-Nazi und spätere FPÖ-Vorsitzende Anton Reinhaller in den VdU drängten, übernahm Ländleputschist Rudolf Kopf den Vorsitz in Vorarlberg. Der Beamte war als Nationalsozialist 1945 außer Dienst gestellt und 1947 pensioniert worden. Als Politiker hielt er nun jedoch wieder Einzug ins Landhaus. In der damaligen Koalition mit der ÖVP wurde er 1954 Landesrat für den VdU. Ein Jahr später kam auch auf Verwaltungsebene ein Ex-Nazi wieder nach oben: Landesamtsdirektor Elmar Grabherr, der später mit dem sogenannten Alemannenerlass die Bevorzugung „echter“ Vorarlberg im Landesdienst durchsetzen wollte. Rudolf Kopf blieb für die FPÖ bis 1959 in der Landesregierung. Elmar Grabherr wurde 1976 pensioniert.

GASTKOMMENTAR

Kinder haben Rechte

In den letzten zehn Jahren stieg die Anzahl von im Verkehr verletzten Kindern um fast 30 Prozent.

In der vierten Klasse Volksschule haben unsere Kinder die Möglichkeit, den „Fahrradführerschein“ zu machen. Damit erhalten sie – mit neun oder zehn Jahren – die behördliche Erlaubnis, ohne erwachsene Begleitpersonen zu radeln.



„Nach wie vor werden Straßen und Radwege von Politik und Behörden so geplant, dass Kinder nicht sicher sind.“

Spätestens dann stehen viele Eltern vor einem Dilemma: Das Kind will nun selbstständig in die Schule, zum Verein oder zu Freunden fahren. Doch viele Wege scheinen zu gefährlich, um das Kind ohne Bauchweh allein radeln zu lassen; lieber wird es doch mit dem Auto geführt oder – falls wenigstens das sicher möglich ist – mit dem Fahrrad begleitet.

Die neuesten Zahlen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit geben besorgten Eltern recht: In den letzten zehn Jahren ist die Anzahl von im Verkehr verletzten Kindern um fast 30 Prozent gestiegen, gerade Rad- oder Rollerfahren ist für Kinder gefährlicher geworden. Die Gründe für Unfälle mit Kindern im Straßenverkehr sind dieselben wie bei Unfällen insgesamt: vor allem Unaufmerksamkeit, Ablenkung und überhöhte

Geschwindigkeit. Bei drei Viertel aller Unfälle mit Kindern liegt die Schuld übrigens beim Erwachsenen.

Es liegt aber nicht nur an den Verkehrsteilnehmern. Nach wie vor werden Straßen und Radwege von Politik und Behörden so geplant, dass diese für Radfahrende, und eben vor allem Kinder, nicht sicher sind: Unübersichtliche Kreuzungen, viel zu schmale Radstreifen oder zu hohe Geschwindigkeiten für Autos, sogar vor Schulen oder Kindergärten, sind in Vorarlberg weit verbreitet.

Zu einem „chancenreichsten Lebensraum“, wie ihn der Landeshauptmann für Kinder gern propagiert, gehört es aber nicht nur, dass es gute Schulen oder ein reges Vereinsleben gibt. Zu einem chancenreichen Lebensraum gehört auch, dass wir es unseren Kindern durch gute Verkehrsplanung ermöglichen, selbstständig zu radeln, ohne dass Eltern Angst haben oder sich verantwortungslos fühlen müssen.

Kinder haben Rechte – auf Selbstbestimmung, Beteiligung, Gesundheit und Sicherheit etwa. Die Vorarlberger Politik sollte diese Kinderrechte ernst nehmen und in der Verkehrsplanung endlich berücksichtigen.

Veronika Rüdissler ist Politikwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied der Radlobby Vorarlberg.

neue-redaktion@neue.at